57. Jahrgang. № 66. Sonnabend, 8. März 1913.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1½ Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lampen aller Art
BÖHME & HENNEN, Viktoriastrasse 9. Telephon Nr. 4837.

Oster-Ausstellung.
Zur zwanglosen Besichtigung meiner originellen
Max und Moritz
Darstellung lade ergebenst ein.
B. A. Müller, Sport- und Spielwaren, Königl. Sächs. Hoflieferant, Prager Straße 32.

NEUESTE PHOTO-Apparate u. Zubehör.
EMIL WÜNSCHE NACHF.
BERÜHMTE FOCO-SPEZIALITÄTEN.
KATALOG 47E FREI
DRESDEN-A.
ECKE MORITZ- u. RINGSTR.

Wurmmittel
für Kinder unt. 6 Jahren 30 Pfg., für Kinder üb. 6 Jahre 35 Pfg., für Erwachsene 50 Pfg. Gegen Madenwürmer „Madenwurmzäpfchen", Schachtel 50 Pfg. m. genauer Gebrauchsanweisung. Echt m. Aufschr. „Leuckart". Versand n. ausw.
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

1862 Gegründet 1862.
J. A. Bruno KÖNIG Dresden-N., Kamenzer Straße 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstraße. Großes Lager und Anfertigung nach Zeichnung. **Brautmöbel**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wolkig, warm, zeitweise Niederschlag.

Prinz-Regent Ludwig von Bayern trifft heute nachmittag mit seiner Gemahlin zum Besuche des sächsischen Hofes in Dresden ein.

Die für gestern geplante Flugzeug- und Luftschiffparade in Johannisthal vor dem Kaiser und dem Prinz-Regenten Ludwig mußte wegen heftigen Sturmes abgesagt werden.

Prinz-Regent Ludwig wird im Mai die Höfe von Stuttgart und Karlsruhe besuchen.

Der Reichstag setzte am Freitag die Beratung des Kolonialetats fort.

Die ungarische Wahlreformvorlage wurde am Freitag vom Abgeordnetenhause angenommen.

Zwischen dem Zaren und dem Präsidenten Poincaré fand anläßlich der Romanow-Feier ein herzlicher Depeschenwechsel statt.

Der französische Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit sieht eine Erhöhung des Friedensstandes um 160 000 Mann vor.

Beim Falle von Janina sind 32 000 Türken in die Gefangenschaft der Griechen geraten.

Der chinesische Finanzminister lehnte den Gesandten der sechs Mächte gegenüber weitere Verhandlungen über die Anleihe ab.

Zum Besuche des Prinz-Regenten Ludwig von Bayern.

Prinz-Regent Ludwig von Bayern wird mit seiner Gemahlin heute nachmittag in Dresden eintreffen, um nach dem Tode seines Vaters und der Uebernahme der Regentschaft Sr. Majestät dem König den ersten offiziellen Besuch abzustatten. Es liegt nahe, die traditionelle Form und Feierlichkeit solcher Besuche und ihre Notwendigkeit in unseren Tagen zu unterschätzen. Doch es sind nicht lediglich die rein persönlichen Beziehungen von Fürst zu Fürst, von Herrscherhaus zu Herrscherhaus, die in solchen offiziellen Begrüßungen für eine größere Oeffentlichkeit zum Ausdruck kommen. Besuche, wie ihn der Vertreter des Hauses Wittelsbach heute dem befreundeten Wettiner Hofe abstattet, sind tief im bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches begründet und gehen, besonders in einer an inneren und äußeren Spannungen so reichen Zeit wie der unsrigen, weit über die Bedeutung reiner Höflichkeitsakte hinaus. Ja, man muß sie geradezu als hocherfreuliche Zeichen eines festgewurzelten Reichsbewußtseins ansprechen, als notwendige Ausdrucksformen des Reichsgedankens, die der in Treue zu seinem angestammten Herrscherhause stehende Deutsche nicht missen möchte. Je inniger und herzlicher das Verhältnis der einzelnen Bundesfürsten zueinander sich gestaltet, um so fester verankern sich die Stützen der Einheit und Geschlossenheit des gesamten deutschen Bundesstaates. Und so begrüßen wir heute den an so hervorragender Stelle im Kranze der deutschen Fürsten stehenden Verweser des bayrischen Königreichs, der so oft schon sein echt deutsches Empfinden besonders zu betonen Gelegenheit genommen hat, nicht nur als Freund und Gast unseres Königs, sondern auch als einen erlauchten Vertreter und Träger des deutschen Reichsgedankens. In diesem Sinne bringt auch Dresdens Bevölkerung Sr. Königl. Hoheit dem Prinz-Regenten Ludwig und seiner Gemahlin, wenn sie durch die festlich geschmückten, auch in den Farben ihrer Heimat prangenden Straßen von Sachsens Residenz ihren Einzug halten, einen freudigen und herzlichen Willkommensgruß entgegen!

Gedanken zur Heeresvermögensabgabe.

Der Plan der Reichsregierung, die einmaligen Kosten der Heeresvermehrung — nur diese; die Aufbringung der dauernden Ausgaben ist eine Sache für sich — durch eine besondere Vermögensabgabe zu decken, ist mit dem Hinweise auf die patriotische Opferwilligkeit aller Volkskreise in der großen Zeit vor 100 Jahren, deren Gedenkfeier wir jetzt begehen, begründet worden. Da wirft sich zunächst die Frage auf, ob wir denn wirklich in einer gleichen Lage sind wie unsere Volksgenossen im Jahre 1813. Ein Unterschied ist unverkennbar. Damals ein vom korsischen Eroberer niedergetretenes, von fremder Soldateska überschwemmtes Deutschland, das sich zu einer phänomenalen Kraftleistung, zu ungeheuerlichen Anstrengungen emporraffen mußte, um sich seine Freiheit und nationale Selbständigkeit wieder zu erringen. Heute dagegen ein einiges Reich, stark durch seine Waffenmacht zu Wasser und zu Lande, dessen Boden bis jetzt kein Feind betreten hat und, will's Gott, auch in Zukunft nicht betreten wird. In einem Punkte aber ähnelt allerdings die gegenwärtige Lage der damaligen, nämlich darin, daß wir heute, obwohl der Friede dank der Schärfe des deutschen Schwertes 42 Jahre lang gewahrt werden konnte, wiederum von schweren internationalen Gefahren umwittert werden, die eine zielbewußte Abwehr, eine Sicherung unserer nationalen Existenz für eine weite Zukunft erforderlich machen. Die Mittel für diese tiefgreifende Verstärkung unserer nationalen Verteidigung müssen selbstverständlich auf jeden Fall in irgendeiner Art aufgebracht werden. Darüber kann nicht der leiseste Zweifel obwalten, auch bei denen nicht, die wegen des verschiedenartigen Charakters der Lage von 1813 und der Gegenwart sich nicht ohne weiteres zu der Auffassung zu bekennen vermögen, daß ein so ausnahmsweises und eigentlich nur auf den äußersten kriegsmäßigen Notfall zugeschnittenes Mittel wie eine einmalige Vermögensabgabe zu Heereszwecken sich in völlig überzeugender Weise durch die augenblickliche Zwangslage des Vaterlandes rechtfertigen lasse.

Die Vermögensabgabe ist als ein Opfer des ganzen Volkes gedacht. Was auch gegen einen solchen Plan eingewendet werden mag, so muß doch von jedem unparteiischen Kritiker gegenüber allen sachlichen Bedenken immer betont werden, daß diese Art der Lösung unter allen Umständen etwas Großzügiges, Packendes, Faszinierendes an sich hat und insofern allerdings der großen Zeit und des großen Zieles, das erreicht werden soll, würdig erscheint. Nicht das Gleiche können hundert andere Vorschläge von sich sagen, bei deren Empfehlung maßgebliche und unmaßgebliche finanzielle Bahnbrecher und Pfadfinder miteinander wetteifern, jeder in der Ueberzeugung, daß er mit seiner besonderen Idee den Vogel abschießt. Solche Projekte sind billig wie Brombeeren, und wenn auch viele von ihnen einen berechtigten Kern enthalten mögen, so ist damit doch noch lange nicht gesagt, daß sie etwas wirklich Besseres an die Stelle setzen. Wenn man sich in dem Wirrwarr der zahlreichen Einzelheiten nicht verlieren und sich nicht auf ein uferloses Meer von vagen Möglichkeiten hinaustreiben lassen will, so gilt es vor allem, sich in der Erscheinungen Flucht eines ruhenden Pols zu versichern, der für das Urteil einen festen Untergrund bietet und verhütet, daß man in ein Chaos gerät. Zu dem Zwecke muß man sich von vornherein klar machen, daß zwei leitende Gesichtspunkte unverrückt im Auge zu behalten sind: 1. Der bloße einmalige Charakter der Vermögensabgabe als eines ganz außergewöhnlichen Notbehelfes, und 2. die im übrigen unveränderte Aufrechterhaltung des grundsätzlichen Standpunktes, daß das Gebiet der direkten Steuern den Bundesstaaten im Interesse ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und damit auch ihrer politischen Selbständigkeit vorbehalten bleiben muß. Die kürzlich an anderer Stelle mitgeteilte Kundgebung der sächsischen Regierung kommt denn auch durchaus folgerichtig auf die vorgedachten zwei Gesichtspunkte zu, indem sie betont, daß diese Abgabe nur eine einmalige, ganz ausnahmsweise durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein könne, daß gegen jede Wiederholung volle Gewähr geschaffen werden müsse, und daß der grundsätzliche Standpunkt in der Frage der Deckung der laufenden Ausgaben im Sinne des unbedingten Festhaltens an dem direkten Steuerprivileg der Einzelstaaten unverändert bleibe.

Hiernach erledigt sich unter der Flut der anderweitigen Vorschläge, die gegenüber dem Plane der Reichsregierung aufgetaucht sind, auch der Gedanke, die einmaligen Ausgaben der neuen Wehrvorlage auf dem Wege einer Anleihe zu decken, die durch die Erhöhung der Matrikularbeiträge verzinst und in etwa einem Jahrzehnt getilgt werden soll, unter gleichzeitiger reichsgesetzlicher Verpflichtung der Bundesstaaten, die vermehrten Matrikularbeiträge durch eine Besteuerung des Besitzes aufzubringen. Ein ähnlicher Vorschlag wurde schon während der Kämpfe um die Reichsfinanzreform aufs Tapet gebracht. Damals wollte man eine dauernde Reichsvermögenssteuer den Einzelstaaten dadurch schmackhafter machen, daß man empfahl, den Gesamtbetrag durch stärkere Heranziehung der Matrikularumlagen zu decken und den Einzelstaaten die Verpflichtung aufzubürden, ihrerseits aus einer Landesvermögenssteuer das Mehr aufzubringen. Die führenden Bundesstaaten wiesen aber dieses Projekt als Eingriff in ihr direktes Steuergebiet so nachdrücklich zurück, daß die Sache nicht weiter verfolgt wurde. Auch in dem vorliegenden Falle steht einer derartigen Regelung das schwerwiegende Bedenken entgegen, daß sie lediglich eine Verschleierung der zweifellosen Abweichung von dem Prinzip: „Die direkten Steuern für die Bundesstaaten" enthalten würde. Daß der Vorschlag gar nichts Imponierendes an sich hat, wie es der außerordentlichen Lage entsprechen würde, daß ihm der patriotische Elan fehlt, daß er gar zu sehr die kühlnüchterne, rechnerische Ueberlegung durchblicken läßt, mit der sich gewisse große nationale Fragen doch am Ende nicht lösen lassen, kann auch nicht gerade zu seiner Empfehlung dienen. Ueberdies würde eine solche Lösung des Problems noch dadurch besonders schädlich werden, daß sie ihre Wirkung über eine so lange Zeit hinaus erstreckte und so die Abkehr von dem vorgedachten Prinzipe gewissermaßen zu einer dauernden Einrichtung machte. Die Gewohnheit übt bekanntlich eine gefährliche Macht aus, und deshalb ist eine Maßregel, auf Grund deren die öffentliche Meinung sich langsam an den Eingriff des Reiches in das direkte Steuerprivileg der Einzelstaaten zu gewöhnen Zeit hat, vom föderativen Standpunkte aus viel schlimmer und nachteiliger als ein schnelles, festes, einmaliges Zugreifen, wie es der Reichsvorschlag mit sich bringt. Das letztere ist indessen nicht so zu verstehen, daß die ganze Abgabe auf einmal an einem bestimmten Tage gezahlt werden müßte; das erfordert ja auch das Interesse der Heeresverwaltung keineswegs. Es muß vielmehr dafür Sorge getragen werden, daß die Erhebung innerhalb einer nicht zu knapp bemessenen Gesamtfrist an verschiedenen Terminen erfolgt.

Auch so ist freilich nicht zu verkennen, daß der Plan der Reichsregierung unter allen Umständen selbst bei der schärfsten Verwahrung gegen jede Wiederholung einen unliebsamen Präzedenzfall schafft. Je unzweifelhafter diese Tatsache feststeht, desto nachdrücklicher wird auch für alle Zukunft auf der strengen Wahrung des Grundsatzes, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten gehören, bestanden werden müssen. Die Erörterung über die Deckung der dauernden Ausgaben der Heeresvermehrung wird die nächste Gelegenheit sein, bei der die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen ihre unerbittliche Festigkeit in diesem Punkte zu betätigen haben werden.

Vom Balkan.

Beim Falle von Janina sind 32000 Türken in die Gefangenschaft der Griechen geraten. Der Sieg bei Janina wird in Athen freudig gefeiert. Man dürfte in der Annahme nicht fehl gehen, daß der griechische Sieg auf die Friedensverhandlungen nicht förderlich einwirken wird. Die Bulgaren werden Adrianopel nun erst recht beanspruchen und die Montenegriner noch größere Worte über die Notwendigkeit des Besitzes von Skutari für Montenegro machen, nachdem Griechenland seinen Siegespreis errungen hat. Schon der Neid treibt die anderen treuen Verbündeten dazu, nunmehr auf Adrianopel und Skutari zu bestehen. Der Friede, den die Türken jetzt erflehen, wird demnach für die Türkei immer teurer werden. Hakki Pascha, der in London noch immer als Friedensbote wirkt, ist übrigens jetzt vom König Georg in Audienz empfangen worden. Aber auch König Georg wird den Türken jetzt nicht schneller zum Frieden verhelfen können, nachdem die Pforte alle Friedenspläne der Mächte durch den Sturz des Kabinetts zerstört hatte. — Die Stadt Piräus beschloß, ein Reiterstandbild des griechischen Kronprinzen zu errichten, um dem Thronfolger in seiner Eigenschaft als Oberkommandierendem der Armee eine Huldigung für seine Waffentaten darzubringen.

Die unsichere Lage in Konstantinopel.

In Konstantinopel wird der Ausbruch einer neuen Revolution befürchtet. Es laufen allerlei beunruhigende Gerüchte herum. Die liberalen Offiziere, besonders die des 3. Armeekorps, sollen wiederholt die Bestrafung der Mörder Nazim Paschas verlangt haben. Der Großwesir soll ihnen durch General Abuk Pascha versprochen haben, daß eine Aburteilung sofort nach dem Friedensschluß erfolgen soll. Ferner wird behauptet, die